

Er Halle vierteljährlich 2,50 M., bei
semijährlicher Zustellung 2,75 M., durch
den Post 3,25 M., wofür die Zustellung
gebühren. Bestellungen werden von allen
Gebühren befreit.
An amtlichen Zeitungs-Bestellungen
unter „Saale-Zeitung“ eingetragen
Alle unentgeltlich eingehende Manuskripte
werden ohne Gewähr übernommen.
Nachdruck nur mit Quellenangabe:
„Saale-Ztg.“ gestattet.
Bremse der der Redaktion Nr. 11402
Schlesingerstr. Nr. 106, Telephon-Nr. 11402
(Wach 24) Nr. 1266.

Saale-Zeitung

Grundbesitzer Jahrgang.

weder die Spaltezeit oder deren
Raum mit 30 Pf., für die Spalte mit
20 Pf. berechnet und in der Geschäfts-
stelle, von untern Annahmestellen
und allen Anzeigen-Expeditoren an-
genommen. Resten die Zeit 75 Pf.
Erhalten wöchentlich postfrei;
Sonntags und Feiertagen einmal,
sonst normal täglich.
Redaktion und Haupt-Verwaltungs-
stelle: Halle, Gr. Braubachstr. 17;
Verlagsdirektion: Markt 24.

Deutschlands Flagge in der Uebersee.

Das Vorkommen in den Vierteljahrseften der Statistik des
Deutschen Reichs gibt einen interessanten Ueberblick über
Deutschlands Anteil an dem Schiffsverkehr in den über-
seeischen Häfen. Aus dieser Statistik geht hervor, daß es
Bogel-Strasß-Politik treiben ließe, wenn man glauben
wollte, daß der Aufschwung der deutschen Schifffahrt sich
überall bemerkbar mache. Im großen und ganzen können
wir gewiss mit Deutschlands Fortschritten im Schiffsverkehr
zufrieden sein, es gibt aber auch Länder, in denen der Anteil
der deutschen Flagge zurückgegangen ist.

Diese Länder befinden sich vornehmlich auf dem amerika-
nischen Erdteile. Nur im Verkehr mit den Vereinigten
Staaten und mit einigen der kleineren britischen Kolonien
hat die deutsche Schifffahrt im letzten Jahrzehnt Fortschritte
gemacht; im Verkehr mit anderen Ländern aber, wie Kanada,
Pertho, Brasilien, Uruguay, Argentinien und Chile ist ein
Rückgang zu verzeichnen. Man verheißt uns nicht falsch-
füßig an, daß dies bedeutet nicht eine absolute Verminderung
des deutschen Schiffsverkehrs, wohl aber die prozentuale
Verminderung des Anteils Deutschlands an dem Schiffsverkehr
mit den hier angeführten Ländern. Nur im Verkehr mit
Kanada ist ein absoluter Rückgang festzustellen, und zwar
ein recht erheblicher. Während noch vor vier Jahren
Deutschland am Schiffsverkehr mit Kanada mit über
400,000 t beteiligt war, waren es 1906/07 nur noch
190,000 t. Der Hauptgrund dieses auffallend starken
Rückganges ist wohl in den politischen Meinungen zu
sehen.

Auf vorwiegend politische Momente dürfte wohl auch die
starke Verminderung des Anteils Deutschlands am maroca-
nischen Schiffsverkehr zurückzuführen sein. Während
die deutsche Flagge im Jahre 1904 in einem der sieben
maroccanischen Häfen an erster, in drei anderen an zweiter
Stelle stand, ist sie jetzt durchweg auf den dritten Rang
zurückgedrängt worden, in einem (Mogador) sogar an die
vierte Stelle. Die Franzosen haben sich selbst stark in den
Vordergrund geschoben. Die Gründe dafür liegen auf der
Hand. Bedeutendster ist allerdings, daß, wenn man das
Schiffsverkehr der sieben Häfen zusammenfaßt, nicht Frank-
reich, sondern immer noch Großbritannien den ersten Platz
einnimmt. Der Sieger der in Marocco anstehenden Eng-
länder über die britische Politik, die Frankreich den
Vorrang in Marocco eingeräumt hat, ist demnach wohl be-
greiflich. Viel bedeutender als der hier angeführte relative
Rückgang der deutschen Schifffahrt in einigen überseeischen
Ländern ist der Fortschritt in anderen. Den Hauptplatz
bilden die asiatischen Länder, in denen der deutsche
Schiffsverkehr durchweg relativ genommen stark, absolut
genommen enorm gestiegen ist. Daß der deutsche Schiffs-
verkehr in Siam von 18,7 Proz. i. J. 1899 auf 56,9 Proz. im
letzten Berichtsjahre gestiegen ist, ist bekannt. Aber auch
in anderen Gebieten ist der Fortschritt sehr groß. In
Brasilien haben einschichtiges Capitan bewilligte die deutsche
Flagge i. J. 1898 noch nicht ganz 1 Million t, i. J. 1905
waren es nahezu 2 1/2 Millionen. In Singapur stieg
binnen der letzten sieben Jahre die deutsche Tonnageab-
satz von 1 Million auf 1,800,000. In Japan war der deutsche
Schiffsverkehr i. J. 1899 mit noch nicht 600,000 t vertreten,
i. J. 1905 aber mit nahezu 4 Millionen. Der Anteil
Deutschlands am orientalischen Handel ist nicht groß, immerhin
stieg er von 3900 t i. J. 1899 auf 110,000 t i. J. 1905.
Ganz gewaltig ist die absolute Zunahme des deutschen
Schiffsverkehrs in den chinesischen Häfen. Im Jahre 1899
waren es noch nicht 2 Millionen t, im Jahre 1905 aber
mehr als 8 Millionen. Es hat somit mehr als eine
Vervierfachung des deutschen Schiffsverkehrs statt-
gefunden.

Auch in den meisten afrikanischen und australischen Ländern
ist erfreuliche Fortschritte festzustellen. Am Gesamtverkehr
durch den Suezkanal war Deutschland i. J. 1899 mit
wenig über 1 Million t vertreten, i. J. 1905 aber mit
2 1/2 Millionen. Beachtenswert ist, daß das Land, das auf
den Suezkanal besonders stolz ist, weil es den Erbauer des
Kanals gestellt hat, Frankreich, mit 850,000 t um mehr als
die Hälfte hinter Deutschland zurückfiel. Im Verkehr mit
der Kapkolonie liegt Deutschland von 1899-1905 von wenig
über 300,000 t auf nahezu 900,000. Auch in den deutschen
Kolonien, Kamerun und Togo, hat die deutsche Flagge
Fortschritte gemacht, während die fremden Flaggen zurück-
gegangen sind. In den australischen Ländern ist sie
ebenfalls vorwärts gekommen, am meisten in Queensland,
wo unter deutscher Flagge i. J. 1898 noch nicht 10,000 t
einliefern, i. J. 1905 aber über 200,000. Recht ansehnlich
ist auch die Steigerung von 1/2 Million auf über 1 1/2 Million
in West-Australien. Vom nationalen Standpunkte aus zu
bedauern ist die Tatsache, daß der Verkehr im Hafen von
Alyia fast ganz unter dem Zeichen der britischen Flagge
steht, die nahezu 90 Prozent des Gesamtverkehrs beträgt. Die
verhältnismäßige Nähe des australischen Festlandes
macht dies freilich begreiflich.

Im großen und ganzen bietet also die Entwicklung des
deutschen Schiffsverkehrs in der Uebersee ein recht er-
freuliches Bild. Angesichts der Anstrengungen freilich, die auch
andere Länder machen, insbesondere die Vereinigten Staaten
und Japan, werden die deutschen Schiffsfahrts-gesellschaften
trotzdem weiterarbeiten müssen, wenn sie das ererbte Terrain
behaupten und neues hinzugewinnen wollen.

Deutsches Reich.

Hof- und Personalnachrichten.

Der Kaiser und die Kaiserin tonde die Prinzessin
Victoria Louise nach dem Sonntag vormittag mit der
von dem Großherzogin in der Schlosskapelle zu Wilhelmshöhe tel-
lung. Die Prinzessin wurde gegen fünf und fünfzehn zu Ple-
narium und Hofdamen mit 4 Prinzessinnen-Begleiten, sowie der
Intendant der kaiserlichen Schulpforte in Kassel Graf von Dy-
lantsch-Plöbdt und Barner Weber.

Am Sonntag nachmittag traf der König von Siam
mit seinem Sohn Prinzen Vajiravaddana und dem Gefolge zum Besuche
des Herzog-Regenten in Braunschweig ein und wurde auf
dem Bahnhof von Herzog Johann Albrecht persönlich auf das
besagte Festmahl. Die Fahrt ging durch die vorwiegend mit
hansischen Feiern und mit Gläubigen reich geschmückten
Strecken im offenen Reichsbahnwagen mit großem Vorantrieb nach dem
Schloß. Den Herkeschiffen wurden von der der Straßen füllenden
Menge heraldische Donationen gebracht, für die der König
sichlich erstreckte dankte. Am 7 Uhr war im Schloß Salottal,
an die sich Festvorstellung im Hoftheater angeschlossen. Am Sonntag
vormittag besuch sich Herzog-Regent Johann Albrecht mit dem
König von Siam und dem hiesigen Hofgefolge nach dem
König von Siam, wo eine eingehende Besichtigung des Hoftheaters
in Wunderrufe erfolgte. Nach einem in Wald Garaburg ein-
genommenen Frühstück wurde eine Fahrt durch die Berge unter-
nommen. Während ein Teil des Hofgefolges nach Braunshweig
zurückkehrte, unternahm der Herzog-Regent mit seinem Gefolge
eine Rundreise nach dem Braunschweig. Die weitere Reise nach
Sarz stehn in Richtung nach Blankenburg. Am Abend fanden
im Hoftheater Vorträge der vereinigten Gesangsvereine statt, an
die sich im Residenzschloß ein Diner angeschlossen.

Der deutsche Botschafter Fürst Baudouin in Paris begab
sich am Sonntag auf Urlaub nach Deutschland und wird bei
dieser Gelegenheit den Reichskanzler Fürsten Bülow in Nordsee
besuchen.

Die preussische Wahlreform.

Die „Nordd. Allg. Zeitung“ äußert sich in ihrer Sonntags-
nummer zum erstenmal über die preussische Wahlreformfrage,
der sie zwei Spalten ihrer Wochenbeilage widmet. Da die
„Nordd. Allg. Ztg.“ nur solchen Ausdrücken Aufnahme ge-
währt, die in der Sprache der jeweiligen Regierung gehalten sind,
so wahren die bemerkenswerten Teile des Artikels hier wieder-
gegeben werden.

Die jüngsten Vordenkungen der preussischen Wahl-
rechtsreform, so schreibt das offizielle Blatt, sollten keine
fachliche Lösung der Wahlrechtsfrage darstellen. Ein
Gesamtschicksal der Wahl nicht, sondern die Herr von
Reichsmann-Kolowich sich nicht mit der Vorgangsform der jetzigen
Verfassung begnügt, sondern auch die Frage einer Modifizierung
des preussischen Wahlrechts eine gründliche Prüfung
unterzogen hat. Daß eine solche ernsthafte Prüfung aber not-
wendig zu einer weitestgehenden Empfehlung des Reichstags-
wahlrechts auch für Preußen führen müsse, ist doch nur
ein linksliberales Dogma. Diese Anschauung hat
ihre Wurzeln in der Stimm- und Prangerangelegenheit
politischen Lebens, die zur letzten Verfassung führte.
Wir können das verstehen. Wer die Wünsche des Gegners
achtet, wird seinen Vertreter wegen solcher abweichenden An-
schauungen nicht als „Stimmgelesenes Wortes“ behaupten. Wer
jedoch offenen Auges das politische Leben unter diesem Reichs-
wahlrecht und seine Entwicklung verfolgt hat, wird ebensoviele
ein in unbedeutender Vorzeichen nicht recht sein, daß seine
Einschränkung auch in alle kleinsten vorläufigen Stufen
schonsten wünschen könnte. Wir glauben, die Bedenken gegen seine
Vornahme nicht besser schlichten zu können, als es der Minister
des Innern 1906 bei Behauptung der damaligen Wahlrechts-
entwürfe im Abgeordnetenhaus in seiner nachstehenden Rede getan
hat. Er legte dar, wie man, getragen vom Gefühl der Kraft
und des Vertrauens, die ganze Politik in eine neue Bahn
einen Vaterlandes durchzuführen, freierzeit bei Reichstags-
wahlrecht in die Hände gleichberechtigter Wähler gelegt habe. Heute aber
drückt, trotz dieses gerechten Wahlrechts, ein bitteres Gefühl der
Unlust (es war vor der letzten Reichstagswahl) das öffentliche
Leben. Die neue Zeit sei das Zeichen, die weiteren Schritten
des Volkes an den Leistungen der Politik teilnehmen zu lassen. Aber
bei dem Verlehen ist die ganze Politik in eine neue Bahn
von den Stimmungen der Waise geraten, die wie ein Alp auf
dem öffentlichen Leben lastet. Lieber den Verstreuten, den
Schwachen zu helfen, dessen edelsten Geistes der Menschheit, dürfte
nicht vergessen werden, die besten und edelsten Kräfte des Volkes
empor zu ziehen und sie zu Führern des Volkes machen. Es sei
hohe Zeit, daß die Kräfte, die anhaltend stehen, wieder frei
werden. Das politische Leben ist in eine neue Bahn zu führen.
Wir bedürfen neues Wahlrechts, das alles gleich macht, sondern
eines solchen, das den einzelnen und ganze Volksgemeinschaften
nach oben wehrt. Weit überaus beurteilt der liberale National-
ökonom Werner Sombart die Folgen des Reichstagswahlrechts;
im „Morgen“ behandelt er, im Reichstagsberichte die lokale
Bewerte vor; er gibt allerdings dafür eine uns nicht planfö-
hig.

Der Antrag auf die Einführung des allgemeinen, gleichen
und direkten Wahlrechts wurde in namentlicher Ab-
stimmung mit 189 gegen 80 Stimmen verworfen. Wäre das
Gesetz beschleunigt worden, so wäre die Prozentsahl der Gegner
sicherlich noch erheblich größer gewesen. Immerhin beweist diese
große Gegenwehr, daß auf eine Annahme einer gleichen und
direkten Wahlrecht die ganze Politik in eine neue Bahn zu führen
wäre nicht zu rechnen ist. Den „brutalen Vandalen“ und den
„Staatsfeinden“ weist die „Freisinnige Zeitung“ ausdrücklich ab,
sie nicht von Annahme und dessen Verneinung des Beamten-
erlasses von 1882 weit ab; sie „rechnet vollständig auf weiterhin“
mit der Institution des preussischen Verordnungs; diese beide bei
allen Mängeln hinsichtlich der einen Vorgang, daß ein Intellektueller
und energischer Beamter aus diesem Amtswort hienieden fände,
wie es ihm beliebt. Diese in letzterem Betrachtung der Dinge,
die mit den gegebenen Faktoren und ihrem Maßverhältnis
rechnet, verdient sicherlich den Vorzug vor dem Hinzutritt
Naumanns. Wie in der Frage bedeutsam hervorzuheben
wurde, könnte über diese Lage nach wilden Wäulen
zu wieder leicht auf dem realen Leben zu
den verhältnismäßig Greulichkeiten übersehen werden. Und dessen ist
auch innerhalb der Wahlpolitik im Reichstag wie vollständig im
Landtag nicht gar wenig. Eine forcierte Forderung des

Reichstagswahlrechts für Preußen könnte gerade für den
Liberalismus sich in erliche Früchte haben, selbst gleich dem
Fall, daß an geheimer Zeit die Regierung abermals die
Initiative zu einer Reform des Verordnungsrechts ergehe
würde. Bei den gegenwärtigen Vorberathungen im Ab-
geordnetenhaus ist die dringende Mahnung der freisinnigen
nicht in den Sinn zu fassen, wenn sie meint: „Im
Verlehen der konstitutionell-liberalen Bewegung liegt es, daß, wenn von
den Konserativen die Zustimmung zu einer Änderung des
bestehenden Wahlrechts gelodert wird, auch die Liberalen so weit
von ihren Forderungen ablassen, daß die Konserativen sich mit
der Änderung des Wahlrechts abfinden können. Wenn daher die
Liberalen die direkte Wahl und eine stärkere Ver-
stärkung der Preussen des Staatsbürgers erreichen
wollten, werden sie andererseits wohl bereit sein müssen, nicht nur
der Abstinenz der Wählerkreise nach Altduna, Welt
und Alter, sondern auch einer besonderen Berücksichtigung der
jünglichen Grundbesitzer auszuweichen. Man würde jede Vor-
gabe der Regierung sicherlich in diesem Sinne zu überlegen
sollen. Gewiß, die Liberalen mögen auf ihrer Forderung
bestehen; wie die Dinge liegen, ist es aber nicht hoch ein
ausführliches, sondern ein für die vertretenen Forderungen
direkt schädliches Unterfangen, von ihrer sofortigen Er-
füllung den Bestand der Wahlpolitik abhängig zu machen.
Sollte sie einmal verwirklicht werden, so bedürfte
es einer neuer heftiger Kämpfe, welche politischen Umwälzungen
im Gefolge großer Ereignisse, wie, lassen deshalb, daß die
linksliberalen Parteien, wie 1906 sich nicht von Sozialen
demokraten abheben dürfen lassen, sondern wie damals, wenn sie
eine gleiche Agitation zu Gunsten einer Einführung des Reichs-
tagswahlrechts in Preußen inszenieren sollte, deren Form ent-
scheiden ableiten.“

Wir sind auf diesen Artikel so ausführlich eingegangen, weil
er uns als Stimmungsbarometer wertvoll erscheint, und
weil uns ihm jedenfalls bevorzugen, daß die Materie an
eine Wahlreform denkt und nicht jeden, der die For-
derung des Reichstagswahlrechts für Preußen erhebt, als Un-
sinniger ansieht, sondern nur mit Rücksicht auf die gegenwärtigen
parlamentarischen Machtverhältnisse und auf die Wahlpolitik
begründet, die sofortige Erfüllung der Programmforderung
der linken zu verlangen.

Die neuen Marineforderungen.

Am nächsten Wochenende werden, wie schon erwähnt, die
ersten Voten für zwei Miniergeschiffe und einen Panzerkreuzer ge-
fordert werden, auf denen noch 2 kleine Kreuzer und 2 Torpedo-
bootschiffe folgen werden. Die beiden Miniergeschiffe werden
die Erprobungen für „Erlaubt“ sein, die „Erlaubt“ sein, die
1884 resp. 1888 von Stapel gelangt sind. Im Jahre 1909
werden die ersten Voten für „Erlaubt“, „Erlaubt“ und „Erlaubt“
angefordert werden, während der noch folgende Neubau des
38. Miniergeschiffes erst für 1910 vorgelesen ist. Der geordnete
Panzerkreuzer (G) ist der 17. der durch das Stützgeschiff vor-
geschriebene 20 großen Kreuzer. Die folgenden drei (Erlaubt, Erlaubt,
Erlaubt), „Erlaubt“ und „Erlaubt“ sollen in den Jahren
1909, 1911 und 1912 mit der ersten Voten angefordert werden.
Auser den ersten Voten für die zwei neuen kleinen Kreuzer
werden die zweiten Voten für „Erlaubt“ und „Erlaubt“,
die dritten resp. „Erlaubt“ für „Erlaubt“ und „Erlaubt“
angefordert. Alle diese Voten und Forderungen bewegen
sich durchweg im Rahmen des Stützgeschiffes; zumeist handelt
es sich um Erprobungen.

Die „falsche Wissenschaft“.

Es war zu erwarten, daß auf dem Europäischen Kongress in
Wien Kardinal Baumwuller, der päpstliche Sendling, auch sein Herz
über den Reformkatholizismus auslassen würde. Er hat in
Wien nach weiteren Meinungen von dort folgendes gesagt:

„Unser Herz muß tief getroffen bei dem Gedanken, daß der
Glaube der modernen Zeit, wie viele an Frage führt und sie
antreibt, dem Worte Gottes, der Schrift und der Ueber-
lieferung nicht würdig ist der Autorität der Kirche könne
Forderungen eines unerschütterlichen Gethes entgegenzusetzen,
und da der Menschensinn nicht über sichere und stetlich en-
gepaarte Stelle hinaus kann, so ist es bedauerndwert, daß die
Prozesse der Erneuerung, verführt durch die falsche Wissen-
schaft, nicht mit dem Namen, dem Verstand und dem Willen,
nach Verlehen die von Gott empfangenen Lehren zu studieren
und zu beurteilen. So kommt es, daß sie im Feuerwagen auch
die solidsten Lehren bestürmen, die katholische Wahrheit
gleichsam wie eine Burg erobern wollen. Den Trugschiffen
einer falsche aufstrebenden Wissenschaft halten wir das fest-
stehende göttliche Wort und der Freiheit der Meinungen die
sichere Behr der Kirche entgegen. Mit diesen Worten werden
wir nie duden, daß die zu weit gehenden Neuerer durch
Anklage über die Wirkung eines unternommen, wodurch
die in unserm Innern wohnende Liebe und unser größtes
Troft, die Gerechtigkeit, uns entziehen werde.“

Auch Kardinal Fischer stellt die Schell-Commer-Frage und
die Antireformbewegung. Alle diese „erwarteten Bewegungen“ werden
die Autorität der Kirche schädigen und können sie untergraben.
Es sei nicht zu erwarten, daß der Papst, wie er es schon
und alle diese Dinge kritisch abwägen. Die Verhältnisse
wird sich zu glauben, daß sie mit solchen Verhältnissen den
„falschen Forderungen eines unerschütterlichen Gethes“ den Gehalt
machen und ihren „soliden Verstand“ dauernd den Triumph sichern
können. Die reformkatholischen Kreise werden wohl den Vor-
wurf des Betruges nicht auf sich laden lassen.
Der europäische Kongress in Wien ist am Sonntag
geschlossen worden. Vermutlich war ein solches Resultat
in der Kathedrale, das vom Kardinal Baumwuller abgelesen
wurde. Im Nachmittage bewegte sich eine Prozession, an der
etwa 30,000 Personen teilnahmen, durch einen großen Teil der
Stadt.

Polnische Antriebe.

In einem Artikel des „Barter Journal“ zur Erinnerung
Kaiserbewegung wird über eine Verklärung der Frage in
Mittels-Europa gesagt und diese angebliche Erneuerung mit der
jüngsten Monarchenversammlung in Zusammenhang gebracht.
Hierzu schreibt die „Süddeutsche Reichs-Anzeiger“:
„Dankt
sich grundlose Gerüchte wieder aufgewacht, die auch in die
deutsche Presse Eingang gefunden haben. In den drei Kaiser-
lichen, die die Polentaten, die nach der Staatsform
jedem zu behaupten ist. Aber auch in den Kaiserlichen
gibt es keine Polentaten, über die Behauptungen über den

